

[Impressum]

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **36 (1980)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Die Staatsbürgerin



April/Mai 1980
36. Jahrgang
Erscheint zweimonatlich

Abonnementspreis
Fr. 15.— jährlich
Einzelne Doppelnummer Fr. 3.—

**Zeitschrift
für politische
Frauenbestrebungen**

Redaktion
Esther Scheidegger
Rotwandstrasse 65
8004 Zürich
Telefon 242 64 27

Verlag Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
8032 Zürich
Sekretariat, Neptunstrasse 88
Telefon 47 45 40 oder 910 48 25
Postcheckkonto 80-14151

4/5 1980

Sollen Frauen ins Militär? Müssen sie?

Die Frage, ob Schweizerinnen bald einmal Soldatinnen (und natürlich auch Offizierinnen) werden, ob sie nicht als Freiwillige, sondern künftig als Dienstverpflichtete in die Armee eingezogen werden sollen, ist derzeit im Gespräch, aus verschiedenen Gründen. Da ist einmal die Gleichberechtigungsinitiative, die nun zur Behandlung ins Parlament geht. Vor allem die Kritiker berufen sich gern missgestimmt auf den Leitgedanken «gleiche Rechte, gleiche Pflichten» und möchten sämtliche Frauen möglichst umgehend in die RS oder einen WK schicken, sozusagen zur Strafe. Zu denken und zu diskutieren gibt ferner die Studie der ehemaligen FHD-Chefin Andrée Weitzel im Auftrag des EMD über den möglichen Einsatz der Frauen im Gesamtverteidigungskonzept. Da die Studie dem Vernehmen nach vorliegt, aber «niemand» etwas weiss, werden Spekulationen natürlich ebenfalls angeheizt. Über die BSF-Umfrage zum Thema Nationaldienst («Dem Lande nützen und tausend neue Dinge lernen») haben wir in der letzten Nummer der «Staatsbürgerin» ausführlich berichtet.

Tagung der SPS-Frauen

Am 10. Mai veranstalteten die SPS-Frauen in Bern eine Tagung zu eben diesem Thema. Erinnern wir uns: den BSF-Frage-

bogen hatten sie demonstrativ unausgefüllt zurückgeschickt und in einem deutlichen Brief gegen die tendenziös-suggestive Fragererei protestiert. Es hatte darin u. a. geheissen: «Da wir jedoch von der Notwendigkeit des (übrigens traditionellen) Einsatzes der Schweizer Frauen in Katastrophenfällen überzeugt sind, schlagen wir vor, eine zivile Organisation mit der Bezeichnung Sozialdienst vorzusehen, die sehr wohl mit einem zu schaffenden Zivildienst auch für Männer gekoppelt werden könnte. Diese Organisation dürfte jedoch nicht den Militärinstanzen unterstehen. Wir sind prinzipiell gegen den Einbezug immer weiterer ziviler Kreise unter die Gesamtverteidigung und gegen eine Aufblähung des Militärapparates. Dagegen sind wir bereit, mitzuhelfen bei der Ausbildung der Frauen für den Katastrophenfall.»

Diese Haltung teilte die überwiegende Mehrheit der um die 140 in Bern anwesenden SP-Frauen. Strikter äusserte sich die Juristin Gret Haller. Ihrer Meinung nach wäre es verfehlt, die Armee einfach den Männern zu überlassen. Sie fordert für Männer und Frauen eine freie Wahl zwischen üblichem Militärdienst und einem Sozialdienst. Beide Geschlechter sollten genau die gleichen Rechte, Pflichten und Betätigungsbereiche haben. Zu Beginn der Tagung nannte der Freiburger Nationalrat Félicien Morel, Mitglied der Eidgenössi-